



PWS info JULI 2014

UNTERWEGS FÜR MENSCHENRECHTE



Eine Zeugin hält das Gerichtsurteil gegen Ríos Montt in den Händen.
Foto: Thomas Kocherhans (PWS)

Die Zeuginnen des Genozids in Guatemala kämpfen weiter

Vor einem guten Jahr, am 10. Mai 2013, wurde der Ex-Diktator Efraín Ríos Montt in Guatemala zu 80 Jahren Gefängnis wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Zehn Tage später wurde das historische Urteil vom guatemaltekischen Verfassungsgericht wegen eines angeblichen Verfahrensfehlers für nichtig erklärt. Anfang 2015 soll der Prozess wieder aufgenommen werden, wobei noch nicht geklärt ist, bis zu welchem Zeitpunkt er zurückdatiert werden soll. Seit Oktober 2013 steht allerdings noch ein endgültiges Urteil über eine mögliche Amnestie für Ríos Montt aus.

Im Genozidprozess geht es um Massaker, die Anfang der 1980er-Jahre in der Region Ixil begangen wurden. PWS sprach mit Maren Kraushaar, der ACOGUATE-Koordinatorin für die Regionen Ixil und Ixcán, und dem PWS-Freiwilligen Eric Anderegg, der momentan als Acompañante im Ixil arbeitet.

Agenda

Nächste Informationsveranstaltungen zur freiwilligen Menschenrechtsbeobachtung in Guatemala, Honduras, Kolumbien und Palästina/Israel:

In Zürich

Samstag, 6. September 2014,
Katholisches Hochschulzentrum
AKI, Hirschengraben 86 (oberhalb
Central),
13.30 - 16.30 Uhr

In Bern

Samstag, 13. September 2014,
Bildungszentrum WWF,
Bollwerk 35,
13.30 - 16.30 Uhr

In Genf

Mittwoch, 24. September 2014,
Rue Liotard 5 (bureau de PWS,
rez de chaussée),
19.00 - 21.00 Uhr

Was bedeutet die Annullierung des Gerichtsurteils gegen Ríos Montt für die Zeuginnen aus dem Ixil?

Maren Kraushaar: Es ist ein harter Schlag ins Gesicht und viele sagen, dass sie sehr traurig waren, als sie davon hörten. Einigen Zeuginnen sieht man es im Gesicht und an der Haltung an, dass die Annullierung des Urteils eine grosse Enttäuschung für sie ist. All die Jahre, so viel Mühe, dann die Euphorie der Verhandlung und danach das. Doch insgesamt überwiegt die Genugtuung, den Diktator auf die Anklagebank gebracht zu haben. Viele Zeuginnen würden noch einmal aussagen, wenn es sein müsste, andere sehen den Prozess eher als einen Zirkus an, bei dem sie sich nicht noch einmal blossstellen wollen. Es herrscht ein Unverständnis darüber, wie es sein kann, dass das Verfassungsgericht das Urteil nach zehn Tagen für nichtig erklärt hat. CALDH (Menschenrechtsorganisation auf juristischem Gebiet, stellt die Anwälte der Zeuginnen) hat die Kampagne «Das Urteil bleibt gültig» gestartet. In diesem Sinne hat es zu einer sozialen Aufarbeitung geführt, die Zeuginnenaussagen waren in der Zeitung, es wurde darüber diskutiert, die Frauen, die über sexuelle Gewalt aussagten, wurden von der sozialen Bewegung sehr bewundert. Alle diese Schritte und dass heute darüber öffentlich gesprochen wird, kann den Zeuginnen niemand mehr nehmen. Auch die Tatsache, dass sie das Urteil schriftlich haben, ist eine Bestätigung ihrer Geschichte.

Gerade für die Frauen war es schwierig, öffentlich über die erlebte sexuelle Gewalt zu berichten, da z.T. ihre Familien davon nichts wussten. Einige von ihnen werden in ihren Heimatgemeinden deswegen eingeschüchert und diskriminiert. Für die Zeuginnen sexueller Gewalt besteht die Gefahr einer Retraumatisierung.

bitte wenden >



Zeuginnen und Zeugen aus dem Ixil fahren zu einer Anhörung in die Hauptstadt.
Foto: Eric Anderegg (PWS)

Neue Trainingsdaten

Guatemala, Chiapas, Kolumbien:

26. Okt. - 1. Nov. 2014

Palästina/Israel:

15. - 21. März 2015

(Das Training im Herbst 2014 ist ausgebucht.)

Diffamierung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, der Fall Sperisen und mehr:

Lesen Sie die Berichte und Blogs unserer Freiwilligen auf

www.peacewatch.ch

Informieren Sie sich über die Aktualitäten in unseren Projekten auf unserer facebook-Seite

Eric Anderegg hat Betriebswirtschaft in St. Gallen und São Paulo studiert und ist von Anfang März bis Anfang September 2014 als Zivildienstleistender mit PWS in Guatemala im Einsatz.

Maren Kraushaar ist Koordinatorin der österreichischen Entsendeorganisation ADA (Acompañamiento de Austria) und seit Anfang 2014 auch von PWS bei ACOGUATE in Guatemala.

Eric Anderegg: Die endgültige Entscheidung, ob – und wie weit – der Prozess zurückversetzt wird, liegt derzeit beim Verfassungsgericht und hätte längst gefällt werden müssen. Wenn man sich mit den ZeugnInnen über die «Fortschritte» in den Gerichtsverfahren unterhält, spürt man ihr fehlendes Vertrauen in die bestehende Regierung und ins Justizsystem. Andererseits ist ihr Wille ungebrochen, Gerechtigkeit für all das zu fordern, was sie während des Bürgerkriegs mit eigenen Augen gesehen haben und bis heute im Gedächtnis mit sich herumtragen sowie für das, was sie alles selbst mit Leib und Seele durchgemacht haben. Diese Forderung von Gerechtigkeit wird von den ZeugnInnen immer wieder betont.

Nach dem Prozess ist vor dem Prozess. Haben die ZeugnInnen die Kraft, um nochmals mehr oder weniger von vorne zu beginnen?

M. K.: Die Anwälte waren erstaunt, dass so viele ZeugnInnen gesagt hatten, sie würden weiterkämpfen und nochmals aussagen. Ich hatte das Gefühl, dass die Anwälte enttäuschter waren als die ZeugnInnen. Diese kämpfen schon viel länger und haben schon einige Rückschläge eingesteckt. Doch weil es um ihre eigene Lebensgeschichte geht, lohnt es sich für sie, weiterzukämpfen. Bisher ist es ja eher unwahrscheinlich, dass der Prozess 2015 wieder aufgerollt wird, deshalb richtet sich die Aufmerksamkeit momentan auf die ausstehenden Einsprüche.

E. A.: Ein Grossteil der ZeugnInnen wird weiterhin für Gerechtigkeit kämpfen – auch wenn sie sich dadurch exponieren, z. T. Drohungen erhalten und sich einem grossen zeitlichen und finanziellen Engagement verschreiben, da die Reise in die Hauptstadt zu Manifestationen oder Gerichtsterminen lang und teuer ist. Und im eigenen Dorf und auf dem eigenen Land fällt die gleiche Arbeit an – mit oder ohne Reisen in die Hauptstadt. Dazu kommt, dass es für die Familienangehörigen oft nicht einfach ist, wenn Mutter, Vater oder Geschwister z. T. mehrmals monatlich für einige Tage ausser Haus sind.

Somit heisst es für die ZeugnInnen einmal mehr: warten. Warten auf einen längst überfälligen Entscheid des Verfassungsgerichts, bis zu welchem Datum der Prozess zurückversetzt wird. Und warten auf einen endgültigen Entscheid bezüglich die Amnestieforderung von Ríos Montt's Verteidigung.

Was bedeutet diese Situation für euch als Acompañantes bzw. für das Begleitprojekt ACOGUATE? Haben sich die Begleitaufgaben verändert?

E. A.: Eine Verlängerung des Prozesses bedeutet für die ZeugnInnen mehr Termine in der Hauptstadt. Dies resultiert für uns Begleitende in mehr Reisen, denn wir sind darum bemüht, die ZeugnInnen so oft wie möglich auf Reisen zu begleiten. Zudem besuchen wir sie weiterhin regelmässig in ihren Dörfern und bringen ihnen Neuigkeiten aus der Hauptstadt bezüglich die «Fortschritte» in den Gerichtsprozessen.

M. K.: Der Bekanntheitsgrad der ZeugnInnenorganisation AJR hat sich enorm erhöht. Ihre Interviews, Fotos, Aussagen waren in der Zeitung. Die Mitglieder des Vorstands sorgen sich deshalb sehr um ihre Sicherheit. Besonders jetzt, wo es eine neue Staatsanwältin gibt. Der Bekanntheitsgrad der AJR hat auch ACOGUATE bekannter gemacht und die Begleitaufgaben haben sich insofern verändert, dass es viel mehr Reisen gibt. Es gab Einschüchterungen und Bedrohungen von ZeugnInnen auf lokaler Ebene, die mit der Polarisierung auf nationaler Ebene zusammenhängen. Generell sind wir besorgt um die Sicherheit der ZeugnInnen. Es ist schwer und deprimierend, mit ihnen über den Fall zu sprechen und erfordert viel Feingefühl der Acompañantes.